

**ZWISCHENRUF im Wahlkampf 2017:
Globale Ungleichheiten erfordern einen Perspektivwechsel**

von Monsignore Pirmin Spiegel, MISEREOR

Wir treten in eine neue Phase der Globalisierung ein. Diese Phase ist nicht nur durch eine weitere Beschleunigung und Verdichtung von Kommunikation, Information, Mobilität und weltweitem Handel gekennzeichnet. Sie ist auch geprägt von Zweifel und Verunsicherung im Hinblick auf zugrunde liegende Wirtschafts- und Zivilisationsmodelle. Klimawandel und andere globale Umweltbelastungen, Migration, die epidemische Verbreitung von sog. Zivilisationskrankheiten, Terrorismus – solche Phänomene waren in den Fortschrittsszenarien der Globalisierung eigentlich nicht vorgesehen. Umso wichtiger ist die Frage, wie wir uns diesen Herausforderungen stellen. In Europa, Deutschland und Nordamerika sind wir dabei in besonderem Maße gefordert. Denn es ist vor allem "unser" Modell, das in Frage steht, das Modell der meisten G20 Länder.

Die Erfolge der wirtschaftlichen Entwicklung der Industrieländer beruhen nicht nur auf dem Fleiß und dem Einfallsreichtum ihrer Bewohner. Von Anfang an gründen sie auch auf einer doppelten Ausbeutung: der Ausbeutung und häufig der Zerstörung natürlicher Lebensräume, etwa zur Gewinnung billiger fossiler Energien, und der Ausbeutung von Menschen, denen im Rahmen der Arbeitsteilung die Rolle billiger Arbeitskräfte zugeteilt und mithin die Menschenwürde aberkannt wird. Diese systematische Auslagerung von Kosten, die bis heute globale Wirtschaftsbeziehungen kennzeichnet, kann aber nur so lange funktionieren, wie es ein „Außen“ gibt, das von denen ignoriert werden kann, die "drinnen" sind. Klimawandel und Migration zeigen, dass diese Illusion von Ausgrenzung und Auslagerung langfristig gesehen für uns Menschen und unsere Umwelt eine Sackgasse ist.

Ein entscheidender Lackmustrast dafür, ob es gelingt, Globalisierung gerechter zu gestalten, ist die Gleichheit. Nur wenn alle Menschen, auch die künftiger Generationen, unabhängig von ihrem Besitzstand, ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht und ihrer religiösen oder weltanschaulichen Zugehörigkeit in ihrer Personenwürde und ihren daraus abgeleiteten Grundrechten geachtet werden, können wir unser gemeinsames Haus so gestalten, dass alle dort Platz haben und sich wohl fühlen. Nur so können wir auch global zu einem Verständnis von Gemeinwohl finden, in das alle einstimmen – selbst wenn es uns allen Opfer abverlangt.

Wie kann die fortdauernde Ungleichheit behoben werden, durch die auch heute noch 800 Millionen Menschen in ihrem Grundrecht auf Nahrung verletzt werden, obwohl weltweit genügend Lebensmittel produziert werden? Wie kann das globale Ungleichgewicht behoben werden, das durch die Folgen von Klimawandel, Übernutzung der Meere und Zerstörung von Böden gerade denjenigen weitere Lasten aufbürdet, die am wenigsten dazu beitragen? Diese Fragen sind mit Blick auf jedes Land dieser Erde zu stellen, auch Deutschland, jedoch mit besonderer Schärfe im Blick auf den afrikanischen Kontinent. Hier befinden sich die meisten Länder, die durch die Brille der Industrialisierung zu oft als arm bezeichnet werden. In diesen

Ländern ist die absolute Armut (weniger als 1,9 Dollar am Tag) besonders stark ausgeprägt, und hier wird sich die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 auf voraussichtlich 2,4 Milliarden Menschen mehr als verdoppeln, die städtische Bevölkerung sogar verdreifachen. Nach Einschätzungen des Weltklimarates (IPCC) ist Afrika der Kontinent, der durch den Klimawandel am meisten bedroht ist.

Die Afrikanische Union, die G20-Staatengruppe, die Europäische Union und auch Deutschland versuchen, auf diese Herausforderungen zu reagieren. Das Entwicklungsministerium hat dafür kürzlich seinen „Marshall-Plan mit Afrika“ vorgestellt. Der Plan umfasst unter anderem Anreize für privatwirtschaftliche Initiativen und Investitionen, eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit reformwilligen Ländern und einen Schwerpunkt auf Ausbildung und Arbeit, aber auch mehr Engagement für einen gerechten globalen Ordnungsrahmen und legale Wege der Migration. Mehr als 20 Millionen Arbeitsplätze müssten jedes Jahr neu entstehen, um der jungen Bevölkerung eine Chance zu geben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Vieles dieser angestrebten Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit weist in die richtige Richtung. Entscheidend ist aber, dass dabei ein Perspektivwechsel stattfindet, der neue Wege denkbar und möglich macht. Weg von der nachholenden Entwicklung "unterentwickelter" Länder hin zur gemeinsamen Aufgabe der Steuerung einer globalen Entwicklung, welche den gleichen Anspruch auf Würde und Lebenschancen aller Menschen umsetzt und dabei ökologische Kreisläufe und kulturelle Verschiedenheiten respektiert. Das schließt auch die Beseitigung zahlreicher Fehlentwicklungen ein, zu denen an erster Stelle verfestigte Ausbeutungsstrukturen gehören.

Eine solche gemeinsame, aber von Land zu Land unterschiedlich wahrzunehmende Verantwortung für das globale Gemeinwohl erfordert, Entwicklung als gemeinschaftliche und umfassende Aufgabe zu verstehen. Hier bieten die internationale Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und Laudato Si wichtige Anhaltspunkte. Ohne eine kohärente Politik, in die sämtliche Ressorts eingebunden sind, wird sich der notwendige Perspektivwechsel nicht vollziehen lassen. Der Abbau globaler Ungleichheiten innerhalb ökologischer Leitplanken berührt alle Politikfelder im In- und Ausland. Von der Gestaltung der Handels- und Agrarpolitik über die Steuerpolitik und die Einwanderungspolitik, den Ordnungsrahmen für wirtschaftliches Handeln bis hin zur Verkehrs- und Energiepolitik – alle Bereiche sind gefragt, wenn es darum geht, welche Beiträge wir zu einer gerechten, sozialen und ökologisch nachhaltigen Globalisierung leisten können und müssen – zumindest wenn wir den eigenen Ansprüchen an Gleichheit, Freiheit und Solidarität auch in globalem Maßstab gerecht werden wollen.

Aachen, den 04.07.2017

Pirmin Spiegel
MISEREOR Hauptgeschäftsführer